

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. (mit Haus 2,50 M., (Halbmonat 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Elsterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Elsterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Elsterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 19. November 1928

Nummer 270

## Verrat an der Ruhr!

Die Reformisten für Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen

Schamloses Eingeständnis des Vorwärts / Weiterkämpfen bis zum Sieg ist die Parole!

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vermittlungsverhandlungen in Düsseldorf unter Führung des Sozialdemokraten Bergemann werden heute vormittag wieder aufgenommen. Nach einer Meldung des gestrigen Vorwärts ist in den Sonnabendverhandlungen bereits die „grundlegende Verständigung“ gefunden worden. Dazu läßt sich der Vorwärts von der Bezirksleitung des DVB in Essen mitteilen:

„Wohl haben die Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer Verantwortung und ihres guten Rechts und um den Wirtschaftsfrieden wieder herzustellen, das Angebot gemacht, die Arbeit zu den alten Arbeitsbedingungen, die vor der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs in Kraft waren, wieder aufzunehmen. Die Vorbedingung dieses Angebots war aber selbstverständlich, daß der Schiedspruch rückwirkend in Kraft tritt, falls er in letzter Instanz für rechtsverbindlich erklärt wird.“

Demnach steht fest, daß der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer an den Interessen und Forderungen der Ausgesperrten bereits so gut wie perfekt ist.

Was die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vom Beginn der Bewegung an gesagt hat, erfüllt sich Punkt für Punkt. Der Verrat der Reformisten an den Ruhrmetallarbeitern wird zur Tatsache. Wenn irgendwo, dann zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit der Dreißbund von Unternehmern, Staatsapparat und reformistischer Bürokratie gegen die kämpfenden Arbeiter. Wissels Reife ins Kampfgebiet ist nicht umsonst gewesen. Er war es, der nach einer Mitteilung der Deutschen Allgemeinen Zeitung energisch darauf gedrungen hat, daß die Gewerkschaften den Vorschlag der Unternehmer annehmen. Die Unternehmer wollen die vollständige Kapitulation. Die Reformisten haben es eilig, diesem Verlangen nachzukommen. Am Sonnabend bereits sind sie nach vorher getrennten Verhandlungen zu gemeinsamen Verhandlungen gekommen. Gleichzeitig hat die Koalitionsregierung den Druck auf die Arbeiter durch die offene Ablehnung der staatlichen Unterstützung für die Ausgesperrten mit dem Ziel der Ausgliederung der Hüttenarbeiter verstärkt.

Es gibt nur eine Kraft, die den Plan der Unternehmer, der Regierung und der Reformisten durchkreuzen kann: Die Unterstützung der Ruhrmetallarbeiter durch die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Klassenfront gegen Trustkapital, Staatsgewalt und Reformismus!

Nieder mit der Koalitionsregierung!

Nieder mit der Diktatur der Trustbarone!

Alles für die Diktatur des Proletariats!

Weiterkämpfen bis zum Sieg ist die Parole!

### Reformisten geben Lohnerhöhung preis

um den „Arbeitsfrieden“ zu erhalten!

WTB. Hagen, 17. Nov. In der inoffiziellen Besprechung über den Streik in der Märkischen Eisenindustrie, die auf Anregung unter Leitung des Hagenen Polizeipräsidenten gestern im Polizeipräsidium stattfand, zeigten sich die Vertreter der Gewerkschaften bereit, den Arbeitsfrieden (!) durch eine Verlängerung des bis Monatsende geltenden Lohns zu erhalten. Die Gewerkschaften machten einen Vermittlungsvorschlag, der dahin gieng, den Lohnvertrag auf weitere drei Monate zu verlängern, um die Möglichkeit zu schaffen, in unmittelbaren Verhandlungen mit den Arbeitgebern einen neuen Lohnvertrag abzuschließen. Die Vertreter des märkischen Arbeitgeberverbandes schlugen eine einjährige Verlängerung vor. Eine Einigung der beiden Standpunkte wurde nicht erzielt.

Zu feige zum Kampf, zu besorgt um die Erhaltung der Koalition, zu sehr geängstigt von der Aussicht, daß im Verlauf der Aktion die Arbeiter sich immer mehr von der Richtigkeit der revolutionären Taktik überzeugen, verzichtet die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie auf Lohnerhöhung, die durch die Teuerung und die Erhöhung der Fracht- und Personentaxen dringend notwendig geworden ist. Sie berufen sich auf den Arbeitsfrieden, um den sich die Unternehmer nie scheuen, wenn sie ihr Ziel erreichen wollen. Dies Verhalten ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie der sozialdemokratische Kurs dem Proletariat Schlappes auf Schlappes beibringt. Nicht zu verzichten auf Lohnerhöhungen heißt es jetzt, sondern überall zwischentaxenartige Lohnforderungen aufstellen und sie erkämpfen und nicht davor zurückweichen, sogenannte lebenswichtige Betriebe stillzulegen, um das verbrecherische Unternehmertum auf die Knie zu zwingen.

## Der Dolchstoß gegen die Hüttenarbeiter

Regierung und Reichstag verhüten Ausgesperrte — Die kommunistischen Unterstützungsanträge niedergestimmt — Millionen für die Kapitalisten

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags wurde der Schlußsatz unter den erbärmlichen Verrat der sozialdemokratisch-deutschen Einheitsfront an den kämpfenden Hüttenarbeitern gesetzt. Es ist ein unerhörter Betrug und eine schamlose Verleumdung, wenn der sozialdemokratische Abend-Vorwärts in großen Letzern schreibt: Geld für die Ausgesperrten. Die Beschlüsse des Reichstags bedeuten keine Unterstützung, sondern einen Dolchstoß in den Rücken der Ausgesperrten, der in der dritten Woche im schwersten Kampfe stehenden Arbeiter an Rhein und Ruhr.

Laßen wir die Tatsachen sprechen:

Der Ausschuh für Soziale Angelegenheiten legte dem Reichstag vier gegen die kommunistischen Vertreter im Ausschuh beschlossene Anträge vor. Der erste Antrag fordert, sämtliche Unterstützungsanträge, die im Plenum des Reichstags zur Beratung gestanden hatten, abzulehnen.

Der zweite Antrag fordert, folgende Entschlieung anzunehmen:

### Die Dresdner Betriebe sammeln!

Helft den kämpfenden Ruhrarbeitern! Ihr Kampf ist euer Kampf!

Die Niederlage der Ruhrarbeiter ist die Niederlage des gesamten Proletariats!

Es genügt nicht, sich lediglich mit den Lippen zu dem Kampf zu bekennen, praktische Solidarität muß jeder einzelne üben!

Zeichnet auf Stiften der ZAH!

5. Sammelquittung	
423,15 M.	4. Quittung
50,—	2. Abt. KPB Dresden
6,—	Zelle Eltwerf
7,—	Abschlag Betrieb Uhlmann
10,—	1. Zug 2. Abteilung KPB Dresden
3,—	Ungenannt
28,—	1. Kate Straßenbahnhof Tolkewitz
7,30	Radschwereverein Hartmannsdorf
14,08	Revolutionstheater P.-Cop.
15,—	Gasmesser-Reparaturwerkstatt Liste 521
15,80	Intern. Bund der Kriegsbekämpften
16,50	Baustelle Windmühl u. Vangelodt (Baustelle)
19,30	Baustelle Matthäuskirche, Liste 438
1,—	Unbekannt
9,—	Bauhütte Lindenhof, Coswig
21,20	Belegsch. R. Specht, Coswig, Abt. Eisengießerei
24,50	Siemens Elektrowärme, Ederwitz, Abt. Schleiferei
3,—	B. Hedert, Chemnitz
20,—	Belegschaft des Neubaus der Berufsschule Geroldstraße
28,50	Freie Vereinigung der Isolierer und Steinholzer Dresden
80,15	Gesammelt in den Veranstaltungen der ZAH in den Annenbänken und Lichtspielen Freiburger Platz
42,44	Gesammelt vom KPB Dresden, 2. Abt., 1. u. 2. Zug
93,16	Gesammelt vom KPB Dresden, 2. Abt., 3. u. 4. Zug
10,—	KPB Dresden, 2. Abt., 3. Zug
957,08 M.	

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ermächtigen, zur Abstellung der Notstände, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Ausperrungen entstanden sind, nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den in dem genannten Gebiet gelegenen Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen.“

Der dritte und vierte Antrag beziehen sich auf die vom Zentrum eingebrachten Anträge und zur Sache eingegangenen Petitionen, die durch den Ausschuh für erledigt erklärt werden.

Die kommunistische Fraktion brachte zu den Anträgen des Ausschusses folgende Änderungsanträge ein:

Die Entschlieung des Ausschusses wie folgt zu ändern: 1. an Stelle des Wortes „ermächtigen“ ist zu setzen das Wort „verpflichten“;

2. an Stelle der Worte „eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen“ folgende Worte zu setzen:

„Eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von 30 Reichsmark zuzüglich 5 Reichsmark für jeden zu unterstützenden Angehörigen an alle mittel- und unmittelbar betroffenen Arbeiter und Angestellten, ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung und Rückerstattungsspflicht zu ermöglichen.“

Zu diesem Zweck ist zunächst aus Reichsmitteln der vorläufige Betrag von 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Die Gesamtschritte der Unterstützungsaktion sind von den Unternehmern beizutreiben.“

Im Falle der Ablehnung:

in der Entschlieung des Ausschusses die Worte von „eine ausreichende Erfüllung“ bis „zu ermöglichen“ zu ersetzen durch folgende Worte:

„Eine Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung zuzüglich Familienzuschlägen ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung und Rückerstattungsspflicht zu ermöglichen.“

Den Bericht des Ausschusses erstattete der Volksparteiler Pfeffer. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Radei, der die Haltung der Sozialdemokratie im Plenum und im Ausschuh einer vernichtenden Kritik unterzog und das Betrugsmascherade, das der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie an den ausgesperrten Hüttenarbeitern durchzuführen versucht, auf das Schärfste brandmarkte. Genosse Radei stellte fest, daß der Antrag des Ausschusses nicht nur fernerlei Hilfe bedeute, sondern eine frische Verhöhnung der Hüttenarbeiter ist, indem man sie der Fürsorge überweist.

Bei der Abstimmung über die Anträge des Ausschusses und die kommunistischen Änderungsanträge markierte die Sozialdemokratie wieder in geschlossener Front mit den Bürgerblockparteien. Der erste Antrag des Ausschusses, alle Unterstützungsanträge abzulehnen, wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Nun folgte die Abstimmung der zur Entschlieung des Ausschusses eingebrachten, oben abgedruckten Änderungsanträge. Die kommunistische Fraktion beantragte namentliche Abstimmung. Präsident Löbe ließ dreimal ausführen, ob die für die Unterstützung dieses Antrages erforderlichen Stimmen vorhanden waren. Die Sozialdemokraten saßen während der Abstimmung wie geprügelte Hunde da. Die Unterstützung reichte aus. Es mußte namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmung ergab, daß beide Änderungsanträge der kommunistischen Fraktion mit 329 gegen 52, im zweiten Zuge gegen 54 Stimmen abgelehnt wurden. Die Sozialdemokraten unter Führung von Brandes, Hulsmann, Grafmann, Kolret Schmidt, Hermann Müller, Vichtenberg stimmten mit dem Unternehmerrudergang in geschlossener Front diese Anträge ab.

und verhindern dadurch jede wirkliche Unterstützung der Hüttenarbeiter.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge erfolgte die Abstimmung über die Entschlüsselung des Ausschusses. Der Antrag wurde mit 267 gegen 39 Stimmen bei 45 Enthaltungen angenommen.

Die Entscheidung des Reichstags und der Reichsregierung ist gefallen. Es ist eine Entscheidung gegen die in schwerem Kampf stehenden Hüttenarbeiter.

Es vervollständigte nur das Bild dieses arbeiterfeindlichen Reichstags, daß er nach der Ablehnung der Unterstützung der Hüttenarbeiter wiederum mit der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront des Geleitz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Steuerermäßigungsgesetzes vom 31. März 1926 angenommen wurde.

Keine Unterstützung für die Hüttenarbeiter, neue Millionen-schätze an die Kapitalisten, Panzerkreuzerbau und weitere imperialistische Anstrengungen, neue Massenkern, das ist das Kapital für die deutsche Arbeiterkraft.

Der Kampf geht mit verstärkter Kraft weiter!

Die Kämpfe treten in die SPD ein

Streikbruch wird abgewehrt

Essen, 17. November. (Eig. Drahtbericht.)

Daß die Partei eine richtige Kampfstrategie handhabt, geht unter anderem aus den Zahlen hervor, die das organisatorische Wochen der Ortsgruppen seit Beginn der Ausoperierung kennzeichnen.

Die Pravda zum Verrat der Reformisten

Moskau, den 16. November 1928.

Anlässlich der Geheimverhandlungen der Führer der reformistischen und christlichen Gewerkschaften mit den Ruhrunternehmern unter Mitwirkung des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wille, weist die Pravda darauf hin, daß sich die Kompromisse, die den Kampf abzurollen, um das sich das Ruhrproletariat schon in den nächsten Tagen vor eine neue schreckliche Einigung mit der Gewerkschaftsbureaukratie gestellt sehen können.

Genosse Ahlemann tot

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist Genosse Ahlemann, Stadtverordneter in Pirna, ein Opfer seiner Ertragsdiebe geworden. Er wurde heute vormittag tot mit einem Schuss in der Schläfe aufgefunden.

10 Jahre „Rote Fahne“

Das Berliner Proletariat steht zu dem Kampfblatt Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Seitern fand hier eine gewaltige Massenkundgebung anlässlich des 10jährigen Jubiläum der Roten Fahne statt. Die Versammlung im Fiskus Saal war schon lange vor Eröffnung vollkommen überfüllt, so daß Tausende keinen Einlass finden konnten und in Parallelversammlungen zusammengefaßt werden mußten.

In den Versammlungen traten zahlreiche Arbeiterkorrespondenten und Delegierte der Großbetriebe auf, um der Roten Fahne ihren revolutionären Kampfgeist zu übermitteln. Eine Reihe ausländischer Pressevertreter, so der Vertreter der Arbeiterfront der Sowjetunion und ein Vertreter der chinesischen Arbeiterpresse brachten der Kundgebung Kampfrufe vor.

Die Mitgliedschaft der SPD gegen Rechtsgefahr und Verfallertum

Moskau, den 16. November 1928.

Die Pravda bringt zahlreiche Entschlüsselungen einer Reihe von Parteioptionen, worin die stärkste Abwehr gegen jegliche Versuche verlangt wird, die Offenheit gegen die

Wie sie hehen! Zusammenbruch einer neuen Nordheide gegen Kommunisten

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Anlässlich des Todes eines Nationalsozialisten, der nach einer Hüttenversammlung am Freitag mit seinem Kumpanen schwer betrunken hatte und durch Unvorsichtigkeit in den Kanal fiel und ertrank, hebt die gesamte reaktionäre Presse gegen die Kommunisten und bezeichnet sie als Mörder des Nationalsozialisten.

Da nun der Nationalsozialist mit seinen Kumpanen kurz nach der Hüttenversammlung infolge ihres provokierenden Auftretens kleine Zusammenkünfte mit auf der Straße beschäftigten Bauarbeitern hatte und diese dem Nationalsozialisten etwas deutlich die Meinung sagten, ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Jürgel, nach einem Verbot des deutschnationalen „Montag“, fünf Bauarbeiter verhaften, die dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden sollen.

evtl. an dem späteren Tod des Nationalsozialisten Schuldig sind. Die Arbeiterschaft fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten.

Mar-Hoels-Kundgebung in Leipzig

Ein mächtiger kommunistischer Aufmarsch gegen den Stahlhelm. Ein provokatorisches Verhalten der Polizei.

Leipzig, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Anlässlich des gestern durchgeführten Aufmarsches der Leipziger Stahlhelmgangruppe, an der der Sellierswälderfabrikant Seidte teilnahm, veranstalteten die kommunistische Partei und der Parteivorstand eine Kundgebung, auf der der Parteivorstand die Polizei für die Kundgebung zum Vorwurfsgegenstand machte.

Der Parteitag der SPD

Dresden, den 19. November 1928.

Im Plenarsaal des Sächsischen Landtages hielt gestern die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren dritten Parteitag ab. Es lag ein müder Zug über der Tagung der gerühmten Kassener fester Pensionen, Minister in und außer Dienst, Regierungsbeamten und der in gesicherten Positionen untergebrachten Gewerkschafts- und Genossenschaftsangehörigen.

Die ohne Zweifel markante Gestalt Wilhelm Suds, der gemeinsam mit dem zehnjährigen Heldt der Tagung präsierte, lieferte den traditionellen Antritt. Im übrigen waren es die alten Geister: Julius Frähdart, Polizeipräsident Kühn, Robert Wirth, die beiden Minister Müller, Eisner, Casan, der angestaute Wölfl und die aufgedonnerte Eva — das war die Creme. Und die Delegierten? Nur vereinzelt sah man ein junges Gesicht; im übrigen gab gefledderte, wohlgenährte, gepflegte Gestalten, der Typ forumpierter Arbeiteraristokraten, die als staatshaltende Elemente die republikanischen Pfände — den Judaslohn ihres Klassenverrates — als Sozialdemokratie deklarieren.

In reichlich fünf Stunden war der Parteitag zu Ende. Was hatte man sich auch zu sagen? Der Weg ist klar gezeichnet. Mar Müller, der zum Hauptthema, zur „politischen Situation und die Aufgaben der SPD“, referierte, zog die Linie. Er kramte in alten Erinnerungen, lebte von der Tradition, falschte Friedrich Engels Stellungnahme zum revolutionären Krieg zur Rechtfertigung der Kriegskreditbewilligung an und wechelte dann in bewegten Worten über „imperialistischen Terror“ und Unabuldsamkeit, die mit Opfermut getragen werden müsse. Das Wort vom „proletarischen Trauerpiel“, das einst Dittmann ausgesprochen habe, traffe jetzt auf die Gesamtpartei der SPD zu.

Eschen hieße auf den radikalen Naturischpark der „Linien“ in Sachsen herniederprasseln lassen. So wandte er sich nunmehr in der liebevollsten Weise dem Parteivorstand und seinem großen Namensbruder Hermann zu. Der Beschluss vom 10. August, die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers, habe zu neuen Hoffnungen berechtigt. Noch fehle es aber im Parteivorstand und bei der Mehrheit der Partei an dem notwendigen Mut. Die Zeit sei leider noch immer nicht vorbei, wo man es vorziehe, mit den Massen zu irren. Einzig werde jedoch der Tag kommen, an dem sich die Erkenntnis durchdringe, wie richtig der Weg der SPD gewesen sei.

Das war der Ton der Veröhnung, auf den die ganze Rede Mar Müllers abgestimmt war. Der Panzerkreuzerbeschluss hat den Weg zur Wiedererhöhung freigemacht. Zum Schluss ließ Mar Müller das unerschütterliche Bekenntnis zur nationalsozialistischen Wehrhaftigkeit, zur Unterstützung und unbedingten Staatsbejahung der kapitalistischen Republik folgen.

Dann sprach ein Jünger, August Winnigs, Herr Sachsels aus Königserg, der in nationalsozialistischer Terminologie die Linie des am Tage vorher ausgetretenen Reichlich besog. „Wehden die Siegen des Volksbetruges und der Demagogie!“ So klangen seine Rastandaraufe als Mahnung an die Berliner Adresse.

Nach reichlich halbtündiger Debatte nahm der Parteitag zum Kernstück der Tagung, zum Parteiprogramm, Stellung. Als Väter wurden der Dresdener Polizeipräsident Kühn, der Amtshauptmann Schmirch und ein junger Mann, Kaulsch, legitimiert.

Eine besondere Stellungnahme zu diesem Parteiprogramm, das nichts anderes darstellt als ein unerschütterliches Bekenntnis zum platten Nationalismus und Imperialismus, das nur mangelhaft mit sozialdemokratischen Phrasen verkleidet wird, soll vorbehalten bleiben. Es ist nicht ohne Schwierigkeiten zu fassen gekommen. Das klang sowohl aus der Rede Casans als auch aus den Ausführungen Reichlich. Reichlich Antritt dürfte unmittelbar damit in Verbindung zu bringen sein. Man wollte das letzte Ziel nicht so offen bekennen.

Der starke Einfluss Bethles und Suds kam in der einstimmigen Annahme des Programms sichtbar zum Ausdruck. Sud und Heldt wurden wieder zu Vorsitzenden der Partei gewählt, deren im Interesse des neuen Imperialismus gelegene Erbsenerbahrungen mit dem Panzerkreuzerfuss der SPD mehr und mehr aufgehoben wird. Mit der Erählung ihres politischen Programms durch die Sozialdemokratie ist die weitere Entwicklung der SPD bestimmt. Der Weg führt zurück: ihre Zukunft liegt auch in organisatorischer Beziehung in der Gemeinschaft mit den Panzerkreuzer-sozialisten. W. S.

Vom Tage

Ein Doppelmord in Thüringen

Th. Greußenhau, 18. November. In der Nacht zum Sonntag sind hier der 27jährige Uhrmachermeister Alfred Groch und seine 60jährige Ehefrau ermordet worden. Die Tat wurde erst in den Mittelnachrichten der Sonntagsblätter, als die alten Leute zur gewohnten Stunde nicht zum Vorzeichen kamen. Als man nachforschte, fand man sie in ihrer Wohnung mit schweren Messerstrichen an Hals und zertrümmerten Schädelknochen vor. Ob Wertgegenstände, insbesondere Uhren aus dem Laden geraubt worden sind, ist noch Gegenstand der Untersuchung.

Aufmord in Freyburg

Th. Freyburg, 17. November. Hier wurde die 22jährige James Strelenski mit kunstbaren Schnitzarbeiten tot aufgefunden. Der Hals des Mädchens war außerdem mit einem Schall vorgelegt. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Aufmord vorliegt. Der Tat dringend verdächtig sind zwei betrunkene Matrosen, die am Abend mit dem Mädchen gesehen worden waren.

Eine Familie bei einem Hauseintritt getötet. Th. Warschau, 18. November. Wie aus Freymühl gemeldet wird, hat sich dort am Sonntag morgen eine schwere Hauseintrittskatastrophe ereignet, der drei Personen zum Opfer gefallen sind. Durch den Zusammenbruch einer Wand wurde eine Wohnung, in der sich ein Schneider mit seinen Angehörigen befand, unter den Trümmern begraben. Der Schneider, seine Ehefrau und sein 14jähriger Sohn fanden den Tod, während ein in der Wiege liegender Säugling wie durch ein Wunder dem gleichen Schicksal entrann. Die Leichen konnten erst nach kundenlangen Ausgrabungsarbeiten geborgen und dem Schauhaufe zugeführt werden.

Fünf Studenten bei einer Explosion schwer verletzt. Th. Warschau, 17. November. In einem chemischen Laboratorium der Kaslawer Universität ereignete sich am Freitag eine Explosion, wobei fünf Studenten schwere Verletzungen davontrugen.

kapitalistischen Elemente in Stadt und Land zu schwächen, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaftsbeiträge aufzuhalten und die Selbstkritik bürokratisch einzuschränken. Die Entschlüsselungen betonen, daß die rechten Elemente das Tempo der Industrialisierung verlangsamen wollen und dadurch den sozialistischen Aufbau und die Wehrfähigkeit des Landes schwächen. Die Parteimassen begrüßen es, daß die Sowjetunion es verstanden hat, die ideologischen Schwankungen in den Reihen ihrer Führer zu überwinden.

Norwegischer Bergarbeiterverband für Freundschaftsvertrag mit den russischen Bergarbeitern

Moskau, den 16. November 1928.

Der norwegische Bergarbeiterverband hat an das Präsidium des Zentralkomitees des Bergarbeiterverbandes der Sowjetunion den Vorschlag gerichtet, gemeinsam eine Konferenz zur praktischen Entledigung der Frage des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages einzuberufen. Der Bergarbeiterverband der Sowjetunion hat seine Zustimmung zur Einberufung dieser Konferenz gegeben, die im Jahre 1929 in Oslo stattfinden wird.

Lettische und estnische Spionage in Sowjetrußland

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß der estländische Staatsangehörige Maunit und die lettischen Staatsangehörigen Lavin und Reigen vom obersten Gerichtshof in Moskau wegen Spionage zugunsten Estlands und Lettlands zu 10, 7 und 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

7 Tote, 1000 Obdachlos im Missouri-Überschwemmungsgebiet

Th. London, 18. November. Bei der Heberschwemmungsfotografie in Kansas sind nach den aus Kansas Eint vorliegenden Nachrichten bisher 7 Personen ums Leben gekommen. Etwa 1000 Personen sind durch die Heberschwemmungen des Missouri und seiner Nebenflüsse obdachlos geworden.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und die heutige Lage

Von Ernst Thälmann

I.

Mehr als zwei Monate sind bereits seit dem Ende des 6. Weltkongresses vergangen; alle Ereignisse der internationalen und der deutschen Politik bestätigen in vollem Umfange die Richtigkeit der politischen Analyse und der allgemeinen Perspektiven, die der 6. Kongress den kommunistischen Parteien der ganzen Welt gab...

Unsere deutsche Partei muß die Beschlüsse des Weltkongresses, insbesondere das Programm der Komintern und die Resolution zur internationalen Lage und den Aufgaben der KPD sorgfältig durcharbeiten. Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses müssen bis in ihre letzten Einzelheiten Gemeingut jedes Kommunisten, jedes aktiven Parteimitglieds werden...

Das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Situation ist die Verschärfung aller inneren und äußeren Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems. Auf ökonomischem Gebiet zeigt sich der Konflikt zwischen dem Wachstum der Produktivkräfte und der Verengung der Märkte unaufhörlich...

Es wäre aber falsch, nur die äußeren, nicht auch die inneren Gegensätze des Kapitalismus zu sehen. Beide Gruppen von Widersprüchen sind untrennbar miteinander verbunden; sie beeinflussen sich untereinander und verstärken sich gegenseitig...

Für unsere deutsche Partei ergeben sich daraus zwei Aufgaben, denen jeder konkrete Schritt unserer Politik, jede Kampfmaßnahme ungeordnet werden muß: Mobilisierung der Massen gegen die Kriegsgefahr...

Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr muß von uns viel energischer, viel grundsätzlicher, viel offener als bisher geführt werden. Dieser Kampf ist undenkbar ohne eine entschiedene Entlassung des Pazifismus, der eine der wichtigsten Waffen zur Vorbereitung des Krieges in den Händen der Imperialisten ist...

Der 6. Weltkongress verlangt eine Steigerung des Internationalismus, des Kampfes geistes der Arbeiterklasse. Er richtet zugleich an alle Sektionen, darunter auch an die KPD, die äußerste ernste Mahnung und Warnung:

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die kommunistischen Parteien nicht auf der Höhe dieser internationalen Aufgaben stehen. Bereits das 7. erweiterte Plenum des Ekli konstatierte, daß fast alle Parteien der KPD nicht genügend Energie im Kampf um die Unterstüfung des englischen Streiks und der chinesischen Revolution entwickelt haben...

In dieser Hinsicht wird auch in der KPD viel zu wenig getan. Es ist unsere dringende Pflicht, den Geist des Internationalismus zu verfrachten, die vorhandenen Mängel zu beheben und die Selbstzerziehung und die Erziehung der breiten proletarischen Massen ganz erheblich zu verstärken...

Die Kriegstrage hängt eng zusammen mit der Frage der Sozialdemokratie. Die reformistischen Spinnen sind in Deutschland ganz besonders fest vermauert mit den Organen der bürgerlichen Staatsgewalt und dem Trustkapital. Das Schlichtungswesen, gegen das die Hunderttausende ausgeperrter Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet jetzt im schärfsten Kampf stehen, ist eines der Mittel, mit deren Hilfe die Sozialdemokraten alle Arbeiterorganisa-

tionen und die gesamte Arbeiterklasse in den Dienst des organisierten Unternehmertums und der imperialistischen Staatsmacht hineinzupressen suchen. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr, der Kampf gegen das Unternehmertum, der Kampf gegen die reformistische Arbeiterbureaucratie sind nur drei Seiten ein und derselben revolutionären Gesamtpolitik...

Die kommunistischen Parteien müssen die Arbeitermassen unermüdlich aufrufen über den unmittelbaren Zusammenhang, der zwischen der Propagierung des Wirtschaftsfriedens, dem Schlichtungswesen und den Repressalien gegen die revolutionäre Avantgarde der proletarischen Bewegungen sowie der Vorbereitung des imperialistischen Krieges besteht.

II.

Während die Sozialdemokratie in den meisten Ländern bereits aus der Regierung verdrängt und durch den Bürgerblock ersetzt ist, befindet sie sich in Deutschland nach den Wahlen dieses Jahres abermals an der Spitze der Koalitionsregierung. Die SPD betreibt die Koalitionspolitik seit mehr als neun

Dein Konsumverein

hat er schon einen Wagon Lebensmittel den ausgeperrten Hüttenarbeitern ins Ruhrgebiet geschickt? Was tust du als Mitglied, um die Unterstüfung der Ausgeperrten durchzusetzen? Jeder, der gegen die Ausperrungsoffensive der Unternehmer ist, muß helfen!

Jahren. Es wäre aber ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die jetzige Koalitionsregierung der Herrmann Müller nur eine einfache Wiederholung der früheren Koalitionsabimette sei.

Die politische Resolution des 6. Weltkongresses unterstreicht ausdrücklich, daß die jetzigen Koalitionsregierungen einen viel reaktionäreren Charakter haben als alle früheren:

Insbondere gilt dies für die Fragen der Außenpolitik überhaupt, wie vor allem der Kriegspolitik. Die sozialdemokratische Führung wird hier eine viel verächtlichere Rolle spielen als in allen vorhergegangenen Stappen ihrer Entwicklung.

Der Kongress analysierte ausführlich die veränderte Rolle der Sozialdemokratie, ihre neue Stellung im bürgerlichen Staat, die erhöhte konterrevolutionäre Bedeutung ihrer Koalitionspolitik in diesem Stadium. Diese Tatsachen bilden die objektive Grundlage für die schroffe Rechtsabwehrung in der gesamten Politik der Sozialdemokratie...

Die Sozialdemokratie, als eine Trägerin der bürgerlichen Kriegspolitik, betrachtet dem Kommunismus als ihren Hauptfeind. Die sozialdemokratischen Führer wenden in wachsendem Maße schakistische Kampfmethode gegen die revolutionäre Arbeiterklasse an, greifen zu gewalttätigen Mitteln der Unterdrückung von Streiks und gehen an der Seite der Polizei gegen das Proletariat vor...

Die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie verteidigt bedingungslos das kapitalistische Schlichtungswesen, sie begünstigt sich nicht mit dem einfachen Verrat aller Streiks an allen Lohn- und Wirtschaftsforderungen der Arbeiterklasse, sondern macht die aktive Niedersämpfung und Abwürgung aller Streiks und Wirtschaftskämpfe im Interesse des Trustkapitals zur Hauptaufgabe ihrer Politik.

III.

Aus diesen neuen Erscheinungen der politischen Entwicklung zog der Weltkongress weitgehende taktische Konsequenzen für alle Parteien der Komintern. Worin besteht das Wesen dieser „taktischen Wendung“? Der Kampf gegen die Sozialdemokratie muß verdrückt werden! Die Einheitsfronttaktik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitermassen bewahrt nach wie vor ihren Inhalt und ihre Bedeutung. Aber die Formen ihrer Anwendung müssen verändert werden...

Im Verlaufe der großen Wirtschaftskämpfe, die jetzt ausgefochten werden, und noch gewaltigeren Klassenkämpfe die unzweifelhaft herannahen, ist es unsere Hauptaufgabe, die Energie und Initiative der Massen zu erhalten und in günstigen Situationen den Kampf auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie zu führen...

„Einheit um jeden Preis“, Verzicht auf das Eintreten für ausgefochtene Genossen, Verzicht auf energisches Kampf gegen das Zwangsschlichtungswesen, rückhaltlose Unterwerfung unter den bürocratischen Gewerkschaftsapparat, Milderung der Kritik an den reformistischen Leitungen usw.“

In dem besonderen Kapitel der politischen Kongressresolution, das sich mit den Aufgaben der deutschen Partei beschäftigt,

wird der „Insequente Kampf“ gegen die rechten Abweichungen folgender Art verlangt:

„Volung der Produktionskontrolle im gegenwärtigen Moment, Opposition gegen die Beschlüsse des 4. Kongresses der KPD, kompromittierende Stellung zur linken Sozialdemokratie usw.“

Der Kongress sagt klar und deutlich, worin die Rechtsgefahr in der Komintern und in der KPD besteht. Er verpflichtet unsere Partei, „in jeder Weise den Kampf gegen die Taktik der Kapitulation zu führen“ und stellt als „aktuelle Aufgabe der Partei den konsequenten Kampf gegen die rechten Abweichungen“. Die Gruppe Emert-Gerhard rückt zwar von einzelnen Formulierungen der rechten Liquidatoren ab, aber sie führt keinen konsequenten Kampf gegen die opportunistische Richtung...

Dieser Kampf führt unsere Partei mit aller Entschlossenheit, unbeeinträchtigt um die Stürmung und Verleumdungsversuche einiger kleiner Fraktionsgruppen durch. Sie handelt dabei im Sinne des 6. Weltkongresses.

Der 6. Weltkongress sagte auf Grund der gesamten Entwicklung des Klassenkampfes in den letzten Jahren voraus, daß wir einer Periode größter Massenkämpfe und revolutionärer Zusammenstöße entgegensehen. Diese Orientierung wird durch die letzten Ereignisse in Europa und Deutschland voll und ganz bekräftigt...

Das Unternehmertum geht zum Generalangriff über. Vor die Arbeiterklasse antwortet auf diese Herausforderung nicht mehr wie in früheren Jahren mit der einfachen Abwehr, sondern sie eröffnet die Gegenoffensive gegen den Klassenfeind...

Die Arbeiterklasse antwortet auf diese Herausforderung nicht mehr wie in früheren Jahren mit der einfachen Abwehr, sondern sie eröffnet die Gegenoffensive gegen den Klassenfeind. Sie geht bereits zum Angriff auf die Positionen des Trustkapitals über und schlägt ihre ersten Durchbruchschlachten. Diese Kämpfe müssen unvermeidlich die Grundlagen der kapitalistischen Stabilisierung erschüttern und den Wall der reformistischen Sabotagepolitik sprengen...

Die Arbeiterklasse antwortet auf diese Herausforderung nicht mehr wie in früheren Jahren mit der einfachen Abwehr, sondern sie eröffnet die Gegenoffensive gegen den Klassenfeind. Sie geht bereits zum Angriff auf die Positionen des Trustkapitals über und schlägt ihre ersten Durchbruchschlachten. Diese Kämpfe müssen unvermeidlich die Grundlagen der kapitalistischen Stabilisierung erschüttern und den Wall der reformistischen Sabotagepolitik sprengen...

Spitzelprovokationen gegen die KPD und ihre Unternehmungen

Prag, den 15. November 1928.

Die Polizeispindel und der ganze Machtapparat der tschechoslowakischen Bourgeoisie gehen jetzt, besonders in Prag und in Reichenberg, mit unerbittlicher Zerschelt gegen die KPD und ihre Unternehmungen vor. Das Parteihaus in Prag sowie das Parteigebäude in Reichenberg sind ständig von einem ganzen Schwarm Polizeispindel umlagert...

Gestern abend, zu später Abendstunde, als bereits kein Redakteur oder sonst ein verantwortlicher Parteifunktionär im Reichenberger Parteigebäude anwesend war, drang ein Polizeispindel in die Reichenberger Druckerei ein und verlangte von einem Arbeiter, man möge ihn in die Sekerelassen. Dieses Subjekt redete sich dann damit heraus, daß es mit dem Wachmann, der um die Zensureregulare des Reichenberger Vorwärts kam, in das Gebäude gekommen war...

Ohne jeden gesetzlichen Grund oder behördlichen Auftrag leisten sich Polizeispindel die niederträchtigsten Provokationen, mit der Absicht, die Partei dadurch in ihrer Tätigkeit zu hemmen. Seit der Einstellung des Rade Frayo steht auch das Parteihaus in Prag-Karlín ständig unter scharfer polizeilicher Aufsicht. Uniformierte Polizisten stehen vor dem Haus und kontrollieren alles, was aus dem Parteigebäude oder aus der Druckerei ausgetragen wird.

KORSO Die neue Sensation. Logo with 'KUNNE' and 'JASMATZKI & SOHNE DRESDEN 16'. Large number '58'.









